



Vorgegaukelte Demokratie

Hamburger Politikwissenschaftler untersuchen Entwicklung hin zur Postdemokratie

Pat Christ

Wer politisch ans Ruder kommt, ist in der Postdemokratie (fast) egal. – Foto: Pat Christ

Wohin steuert unsere Politik? Nach Ansicht vieler Politikwissenschaftler mitten hinein in die Postdemokratie. Erkennbar, sagen sie, ist dies vor allem daran, wie Politik heute begründet wird. Dem demokratischen Ideal zufolge ist Politik prinzipiell verhandelbar. Doch de facto wird heute immer weniger debattiert, ver- und ausgehandelt. Was angeblich zwingend implementiert werden muss, steht von vorneherein fest.

Die Globalisierung ist nur eine Entwicklung von vielen, die so, wie sie sich vollzieht, als schicksalhaft und alternativlos dargestellt wird. Politische Gegenargumente sind rar. Aber auch in anderen Feldern wird politisches Handeln zunehmend als „alternativlos“ dargestellt. Wirtschaftliche Sachzwänge und Zwänge des Marktes, Effizienz- und Kostenargumente dienen immer häufiger als Begründung für Entscheidungen.

Für den Bürger ist dies nicht unbedingt zu verspüren – handelt es sich doch um einen schleichenden Prozess. Bürgerinnen und Bürger, die sich wünschen, in einer Welt zu leben, die noch halbwegs in Ordnung ist, beharren darauf: Wir haben eine Demokra-

tie! Inwieweit wir tatsächlich längst im Postdemokratischen gelandet sind, das untersucht Matthias Lemke an der Helmut-Schmidt-Universität in Hamburg. Über 3,5 Millionen Zeitungsartikel aus der Frankfurter Allgemeinen Zeitung, der ZEIT, der Süddeutschen Zeitung und der taz, die seit 1949 erschienen, werden seit einem Jahr von ihm und seinen Kollegen ausgewertet. Das Projekt dauert noch zwei Jahre.

Viel häufiger „unverzichtbar“

Nach wie vor werden Wahlen durchgeführt und Regierungen wechseln. Doch das hat mit Demokratie immer weniger zu tun, ergaben laut Lemke die bisherigen Ergebnisse. „Wir untersuchen unter anderem die Häufigkeit von Wörtern im Zeitverlauf“, erklärt er gegenüber der **HUMANEN WIRTSCHAFT**: „Dazu etablierten wir ein Wörterbuch mit Begriffen, die Alternativlosigkeit ausdrücken.“

Statt stichhaltige Argumente zu liefern, operieren Anhänger der Alternativlosigkeitsrhetorik zum Beispiel gern mit den Worten „unverzichtbar“, „unabdingbar“ oder „Sachzwang“. Lemke: „Solche Wörter haben zugenommen.“ Im nächsten Schritt werden die Begriffe analysiert, die sich in der

Nachbarschaft dieser Wörter befinden. So kann festgestellt werden, in welchem Kontext etwa in einem Zeitungsbericht vom „Sachzwang“ die Rede ist.

Mit diesem Wort könnte ja auch davor gewarnt werden, die Demokratie auszuhöhlen. Dann wäre das Wort „Sachzwang“ als negativer Begriff in einem Artikel aufgetaucht. „Derzeit wissen wir einfach noch nicht, ob die Nachbarwörter jeweils positiv oder negativ sind“, sagt Lemke. Klar sei auf alle Fälle, dass gerade im Kontext der politischen – weniger der wirtschaftlichen – Berichterstattung heute Wörter, die der Alternativlosigkeitsrhetorik entstammen, wesentlich häufiger auftreten als früher. Am stärksten ist der Zuwachs beim Wort „alternativlos“. Aber auch „unverzichtbar“ wird von Politikern heute häufiger verwendet als in der Nachkriegsära.

Die Bürger wiederum scheinen unent rinnbar in diesen Prozess verwickelt zu sein. Jedenfalls haben Proteste bisher nichts daran ändern können, dass sich die Politik immer stärker im Alternativlosen verheddert und in die Postdemokratie schliddert. Selbst „Occupy Wall Street“ scheiterte. Dabei hatte im Frühjahr 2011 alles so hoffnungsfroh begonnen.

Der 1. Mai vor zwei Jahren war das Fanal für „Occupy“ in Amerika. Die Bewegung schaffte es, um die 30.000 Menschen zu mobilisieren. Sie marschierten lautstark zur Wall Street. Die von „Occupy“ ins Bewusstsein gerückte Systemfrage ist auch bis heute relevant. Die Bewegung hat unzweifelhaft für Sensibilisierung gesorgt. Und das ist gut und wichtig. Doch darüber hinaus wurde nicht viel erreicht.

Das „neue Prekariat“ verweigert sich



Letztlich sind es die herrschenden „Geld-Spielregeln“, die nolens volens zur Auflösung der Demokratie führen. Dass neuerdings der Begriff der „Refeudalisierung“ im Zusammenhang mit dem Nachdenken über postdemokratische Entwicklungen auftaucht, ist für Matthias Lemke deshalb nur folgerichtig. *„Die Chancen, Macht auszuüben und dementsprechend eigene Interessen durchzusetzen, hängen heutzutage stark von ökonomischen Ressourcen ab“*, bestätigt der promovierte Politikforscher.

Sozial benachteiligten Menschen ist und wird der Weg zu Mitsprache und Macht verstellt. Darin stimmt der Greifswalder Politologe Dirk Jörke seinem Hamburger Kollegen Matthias Lemke zu. Das „neue Prekariat“, sagt er, habe nachvollziehbare Gründe, bei Wahlen ein Bekenntnis zur Demokratie zu verweigern.

Arme Menschen spüren laut Jörke sehr deutlich, dass ihre Stimme kein großes Gewicht mehr hat und sie von der Demokratie nicht mehr viel erwarten können. *„Vorwiegend diese Menschen machen auch die Erfahrung, von der ‚demokratischen‘ Gesellschaft und ihren Eliten nicht mehr hinreichend anerkannt zu werden“*, erläutert er gegenüber der **HUMANEN WIRTSCHAFT**. Dass die gebildeten Mittelschichten noch zu Wahlen gehen und sich an alternativen Mitbestimmungsverfahren wie Bürgerkonferenzen und Volksentscheiden beteiligen, interpretiert er als Akt des *„Bekennnisses zur liberalen Grundordnung“*. Um inhaltliche Politikmitbestimmung gehe es weniger.

Bereits Margaret Thatcher verteidigte die Rosskur, die sie den britischen Bürgern zumutete, als alternativlos. Das

war vor rund 30 Jahren. Der postdemokratische Prozess, wird daran sichtbar, zieht sich schon sehr lange hin. Das aktuell deutlichste Anzeichen für postdemokratische Tendenzen sieht Dirk Jörke im Management der Eurokrise. *„Es ist zu einem enormen Machtzuwachs der Exekutiven und nicht zuletzt der Europäischen Zentralbank gekommen“*, sagt er. Diese sei aber nicht demokratisch legitimiert. Erschreckend zeigte sich in der Eurokrise aber auch die Willfährigkeit der politischen Entscheidungsträger gegenüber den „Finanzmärkten“.

Unterm Joch der Ökonomie



Durch „Schocks“ werden die Menschen unter das Joch der Ökonomie gezwungen, zeigte Naomi Klein in ihrem Buch *„Die Schockstrategie“* auf. Der Siegeszug der Neoliberalen seit den 1980er Jahren beruht ihren Analysen zufolge auf extremer Gewalt und auf Katastrophen. Jede Krise kommt gerade recht, um Privatisierungen nach dem Modell der Chicagoer Schule voranzutreiben und die Mechanismen der ungezügelten Marktwirtschaft rund um die Welt durchzusetzen. Womit Demokratie gleichzeitig ausgehebelt wird.



Von vielen Bürgern unbemerkt, steuerte die Politik seit mindestens drei Jahrzehnten hinein in die Postdemokratie. – Foto: Pat Christ

Die staatliche Steuerung wird von neoliberaler Seite gern als dysfunktional dargestellt. In Deutschland trifft vor allem Angela Merkel der Vorwurf, (wirtschafts)politisch für das Konzept eines schwachen Staates zu stehen und eigentlich nur noch symbolisch zu regieren. *„Nun beweisen die Affären um Daten und Drohnen, dass auch bei den Geheimdiensten wie im militärischen*

Beschaffungswesen die Abdankung der Politik einen paradoxen Höhepunkt erreicht“, sagt Publizist Stephan Hebel. Er ist Mitglied der sprachkritischen Aktion „Unwort des Jahres“, die 2010 „alternativlos“ kürte – nach „betriebsratsverseucht“ (2009) und „notleidende Banken“ (2008).

Die Macht internationaler Institutionen



Durch die Unerbittlichkeit, mit der sich die Demokratie wandelt, wird dem tschechischen Politiker und Wirtschaftswissenschaftler Václav Klaus zufolge der Handlungsspielraum der Menschen immer stärker reguliert. *„Ich sehe eine Demokratie, die sich in eine Postdemokratie verwandelt“*, äußerte er bereits im Mai 2008. Der Bürger und der Politiker entfernten sich immer mehr voneinander: *„Infolge der immer stärker wachsenden Kompetenz der internationalen Institutionen – vor allem der Europäischen Union.“* Diese Verschiebung auf den Achsen Bürger-Staat und Marktwirtschaft-Planwirtschaft hätten die Bürger des ehemaligen kommunistischen Blocks niemals erwartet.

Ja, wir haben nur noch eine nominelle Demokratie. Doch warum wird dies einfach so hingenommen? Warum begehren die Menschen nicht stärker auf? *„Das Ganze wurde über einen langen Zeitraum hinweg subtil eingeflochten“*, erklärt Matthias Lemke. Deshalb nehmen so viele Menschen nicht wahr, in welchem Maße sich die Politik gewandelt hat.

Wer fordert heute noch Rotation als Mittel der Machtbegrenzung? Wer das imperative Mandat? Selbst die Forderung nach einer Offenlegungspflicht von Einkommen, Nebentätigkeiten und Verbandsmitgliedschaften sind nicht allzu laut. Die Bürger nehmen hin, was ihnen als Demokratie vorgegaukelt wird. Mehr noch. Sie kooperieren. Sie eignen sich die neoliberale Ideologie sowie Einstellungen, die in eine oligarchisch regierte Gesellschaft passen, selbst an. Lemke macht dies unter anderem an dem Spruch fest: „Leistung muss sich wieder lohnen.“ Wer nichts leistet, haben viele Menschen verinnerlicht, der hat auch kein Anrecht auf soziale Leistungen.

Dabei sind es nicht nur die braven Steuerzahler, die befürchten, dass das, was sie hart erarbeitet haben und an den Staat abgeben müssen, in „faule Taschen“ wandern. „Selbst Betroffene reflektieren aufgrund der stattgefundenen ideologische Prägung nicht mehr, dass auch andere Szenarien möglich sind“, sagt Lemke. Und immerhin funktioniert Politik als Inszenierung noch. Sie gaukelt

den Menschen Demokratie vor – nicht zuletzt in dem Sinne, dass sich jeder und jede beteiligen, dass jeder mitbestimmen könnte. In welchem Maße die Menschen in unserem System wirtschaftlich und menschlich ausgebeutet werden, das wird, unter Zustimmung der Politik, verschleiert.

Und dennoch protestieren?

Anders als in der DDR ist es freilich noch immer möglich, zu protestieren. Was ja auch getan wird. Allerorten gibt es („Wut“-)Bürgerbewegungen, die sich politisch artikulieren. In vielen informellen Zirkeln wird debattiert. Doch ändert sich dadurch der Kurs? „Dass Demonstrationen nach wie vor möglich sind, zeigt die Flexibilität des Systems“, kommentiert Lemke. Die Postdemokratie hält Protest aus. Sie weiß, dass sich – siehe Occupy – dadurch nichts fundamental ändert. Und doch warnt Lemke vor einem Fatalismus à la: „Protest lohnt sich sowieso nicht.“

Die nicht zufällig gleichzeitige Entwicklung hin zur Konsumgesellschaft spielt jenen in die Hände, für die Demokra-

tie nur lästig und hinderlich ist. Leider, bedauert der Hamburger Politologe, gibt es immer mehr „politisch apathische Konsumentenobjekte“. Ihnen genügt es, materiell zufriedengestellt zu werden. Sich politisch zu informieren, zu einem Standpunkt zu finden und zu versuchen, eine politische Entscheidung herbeizuführen, das ist weit jenseits ihres Alltagsdenkens angesiedelt. Dass so viele in Apathie abdriften, zeigt Lemke zufolge ebenso wie die Vergeblichkeit der bisherigen Proteste, wie gefährlich die postdemokratische Lage inzwischen ist. 

Zur Autorin Pat Christ



Pat Christ, Jrg. 1970, Magister in Kulturgeschichte an der Uni Würzburg. Seit 1990 als freischaffende Foto- und Textjournalistin tätig. Schwerpunkte: Berichterstattung aus Kultur, Bildung, Wirtschaftsethik und Wissenschaft. Zeitschriften und Magazine: Main-Echo, Bayerische Gemeindezeitung, Kulturmagazin Leporello, Stadtmagazin „Der Kessener“.

Prof. Dr. Paul Kirchhof: „Der Zinseszins-Effekt droht unser politisches und wirtschaftliches System zu zerstören.“

„Die Flüchtigkeit, Ungebundenheit, Beliebigkeit des Geldes braucht einen klaren rechtlichen Rahmen. Doch der Finanzmarkt verbirgt sich als Akteur, der Geld vermehrt und Kredite in der Anonymität des Globalen gibt. Er kennt kaum Grenzen und folgt in der Gewinnmaximierung einem Prinzip des Nimmersatt. ... In dieser Entwicklung wird das Recht von einer verbindlichen Regel zu einem Verhaltensvorschlag, wird zu einem Recht auf Rädern, das sich stetig bewegt, sich fast ohne Ziel und Haltepunkt verändert. [...]

Der Staat hat durch seine Verschuldung [...] die Selbstbestimmung über seinen Haushalt zu einem beachtlichen Teil aus der Hand gegeben. Zeitweilig reicht die Neuverschuldung nicht einmal aus, um die Zinsen zu tilgen. [...] Die stetig steigende Staatsverschuldung führt im System von Zins und Zinseszins grundsätzlich zu einer überproportional steigenden Zinsverpflichtung. [...] Zinsen kann der Staat von vornherein nicht für seine Aufgaben verwenden, sondern muss sie an die Kapitalgeber abführen. [...]

Eine erhebliche Staatsverschuldung macht den Staat vom Finanzmarkt abhängig, gefährdet damit seine innere Souveränität. Er verwendet Steuererträge für Zinszahlungen an privatwirtschaftlich tätige Kreditgeber, verfehlt die Generationengerechtigkeit. [...] Der Finanzmarkt folgt einer Maßstablosigkeit und damit einer Maßlosigkeit der Gewinnmaximierung, drängt die rechtliche Kultur des Maßes immer mehr zurück. Das Recht verliert ein Stück seiner Gestaltungsmacht. [...]

Der Staat als Schuldner unterwirft sich dem Diktat von Zins und Zinseszins. Diese Zinsen wachsen durch bloßen Zeitablauf, lösen sich von dem realwirtschaftlichen Wert des zugrunde liegenden Darlehens, treiben den Schuldner in eine stetig steigende Schuld. [...] Der Zinseszins-Effekt droht unser politisches und wirtschaftliches System zu zerstören.“

Deutschland im Schuldensog – Der Weg vom Bürgen zurück zum Bürger
München 2012, S. 15-16, 20, 24, 43 und 47.
(zusammengestellt von Werner Onken)